



Bericht vom SPD-Bundesparteitag am 14. Juni 2009 in Berlin

In aller Kürze:

- SPD beschließt Bundestagswahlprogramm
- Krisenbewältigung und soziale Gerechtigkeit sind zentrale Themen des Wahlkampfes
- Bundestagswahl als „Richtungsentscheidung“ gegen schwarz-gelb thematisiert
- Kanzlerkandidat Steinmeier stellt „Arbeit“ in den Mittelpunkt der Programmatik

„Neustart für die Soziale Marktwirtschaft“

1. Überblick

Der Wahlparteitag der SPD hat am 14. Juni 2009 in Berlin das Programm mit dem Titel „Sozial und Demokratisch. Anpacken. Für Deutschland. Regierungsprogramm der SPD 2009 - 2013“ für den Bundestagswahlkampf beschlossen.

Im Mittelpunkt des Parteitages stand die gut einstündige und mit großem Applaus bedachte Rede von Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier. Programm, Reden und Debattenbeiträgen war gemein, dass sie auf die „**Richtungsentscheidung**“ verwiesen, die mit der Bundestagswahl organisiert werden müsse.

Als **Gäste** haben u.a. Michael Sommer (DGB) Franz-Josef Möllenberg (NGG) Margret Mönig-Raane (ver.di) und Ulrich Freese (IG BCE) am Parteitag teilgenommen.

2. Rede von SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier

Steinmeier buchstabierte in seiner Rede die bevorstehenden „Richtungsentscheidungen“ in Abgrenzung zu Union und FDP aus:

1. **„Arbeit ist besser als Insolvenz“** und – in Abgrenzung zum CDU-Generalsekretär – Arbeit sei keine ‚Unterfrage‘ der Ökonomie. Die SPD als „Partei der Arbeit“ gäbe zeitgemäße Antworten in diesem Feld; aktuell helfe Kurzarbeit.
2. **Soziale Gerechtigkeit** statt marktradikaler Ideologie – diese brauche einen handlungsfähigen Staat, weshalb zur Zeit nicht massenhaft Steuern gesenkt werden könnten. Wenn es Entlastungen gebe, dann bei Gering- und Normalverdienern. „Starke Schultern, die in den vergangenen Jahren stark gewonnen haben, sollen mehr tragen.“

3. **Nachhaltige, gestaltende Industriepolitik** statt ordnungspolitische Lehrbuchweisheiten, die die klassischen Industriezweige mit der Umwelttechnologie verbindet, statt sie gegeneinander auszuspielen. „Wachstum und Arbeit entsteht dort, wo beides zusammenkommt.“
4. **Sichere, erneuerbare Energiezukunft** statt Energiewende rückgängig machen. Kernkraft verschließe den Pfad von Energieeffizienz, mehr erneuerbaren Energien und hocheffizienten fossilen Kraftwerken.
5. **Teilhabe und Chancen für viele** statt Privilegien für wenige, konkretisiert am Beispiel Bildung.

Daran schloss der Kernsatz von Steinmeiers Rede an: **„Es ist wichtiger als je zuvor: Schwarz-gelb darf keine Mehrheit erhalten, weil die Ideologie, die uns in die Krise geführt hat, sicherlich nicht die Antwort auf die Krise sein kann.“** Der CDU und Bundeskanzlerin Merkel attestierte Steinmeier das Prinzip „abwarten, abgucken, draufsetzen“. Eine Abgrenzung zur Partei Die Linke und zu Bündnis 90/Die Grünen fand nur indirekt statt: Die SPD sei **Volkspartei**, keine Klientelgruppe für Unternehmen, Umwelt oder Arbeitslose. In diesem Zuge hat Steinmeier auch den Anspruch der SPD auf **„die neue Mitte der Gesellschaft“** erneuert.

Auch ein zweites Kernthema hat Steinmeier verteidigt: Die Reformen von Arbeitsmarkt und Wirtschaft hätten Millionen Menschen in Arbeit gebracht und zu Reserven in den Sozialkassen und bei der Agentur für Arbeit geführt. Diese kämen den Beschäftigten in der Krise nun zugute. Steinmeier formulierte den Anspruch an die gegenwärtige Politik: „Jede Zeit braucht ihre eigenen Antworten. Nur wer jetzt Brücken über die

Krise baut, Menschen in Arbeit hält, der ist auf der Höhe der Zeit.“

Sein Appell an Geschlossenheit und Entschlossenheit für den Wahlkampf kam bei den Delegierten gut an; das schlechte SPD-Ergebnis der **Europawahl** wurde – auch vom Parteivorsitzenden Müntefering – mit Blick auf die gleichfalls schlechten Unions-Ergebnisse und die schwache Situation von schwarz-gelb bei den Kommunalwahlen in den Bundesländern, in denen in diesem Jahr noch Landtagswahlen stattfinden, relativiert.

Besondere Zustimmung der Delegierten fand Steinmeier bei Themen, bei denen der Zwist mit der Union offenkundig ist: Die SPD-Rolle bei der **Opel-Rettung**, Mindestlohn, Wahrung und Stärkung von Arbeitnehmerrechten, Atomausstieg, aber auch die Integration von Migranten.

3. Ausgewählte Forderungen des Programms

Grundsätzlich stellt die SPD fest: „Wir haben (...) nicht alles richtig gemacht und manches noch nicht erreicht. Aber unser Kompass ist intakt, die Richtung stimmt. Jetzt nehmen wir einen neuen Anlauf.“ So wurden im Programm **„zehn Grundprinzipien“ für einen „Neustart der Sozialen Marktwirtschaft“** eingefügt. Dieser Neustart ist die programmatische Antwort der SPD auf den „entfesselten Kapitalismus des 21. Jahrhunderts“. Zu den Prinzipien zählen u.a. die Einbettung der Märkte in eine starke und solidarische Gesellschaft einschließlich der Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen als „unverzichtbarem Erfolgsfaktor“, ein handlungsfähiger Staat, die gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen und das Prinzip „Investition statt Spekulation“ (vgl. Textauszug im Anhang).

Die SPD fordert einen „solidarischen Lastenausgleich“ der Krisenkosten. Wie dieser gestaltet werden soll, bleibt jedoch weitestgehend offen. Die Einführung einer Vermögenssteuer wurde nicht beschlossen. Im Programm wird allerdings festgehalten, „dass es sozial gerecht und wirtschaftlich vernünftig ist, wenn Vermögende einen ihrer Leistungsfähigkeit entsprechenden steuerlichen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwohls leisten“.

3.1. Regulierung von Wirtschaft und Finanzmärkten, Konjunkturprogramm

Dem Parteitag wurde ein aktualisiertes Kapitel mit einem Katalog an Forderungen zur Finanzmarktregulierung vorgelegt.

Die Finanzdienstleister sollen zu ihrer „dienenden Funktion“ zurückfinden, u.a. soll es keine Geschäfte mehr außerhalb der Bilanzen geben. Leerverkäufe sollen unterbunden werden. Rating-Agenturen sollen unabhängiger werden; die EU-Eigenkapitalrichtlinie neu geregelt werden. Die Finanzmarktaufsicht soll gestärkt werden und u.a.

die Vergütungsstrukturen beaufsichtigen. Managergehälter sollen stärker begrenzt werden als derzeit in der Großen Koalition ausgehandelt. Die SPD tritt für eine Börsenumsatzsteuer und einen Finanzprodukte-TÜV ein.

Die Schuldenbremse ist beschlossen, die SPD bekennt sich jedoch zur notwendigen Investitionsfähigkeit des Staates.

Eine Kapitalprivatisierung der Bahn, auch teilweise, wird für die nächste Legislaturperiode ausgeschlossen.

Weitere Punkte:

- Mindesthaltedauer von einem Jahr für Aktien.
- Zivilrechtliche Haftung von Managern verschärfen.
- Einheitliche Bemessungsgrundlage und Mindestsätze bei Unternehmenssteuern in Europa.
- Aufbau betrieblicher Berichtssysteme für Klimaschutz und soziale Verantwortung.
- Gute-Arbeit-Index als Maßstab der Unternehmensbewertung.
- Aktiengesetz: Verpflichtung gegenüber Beschäftigten und dem Gemeinwohl festschreiben.

3.2. Ökologische Modernisierung - Energie und Umwelt

35 Prozent des Stroms sollen im Jahr 2020 aus regenerativen Quellen stammen, bis 2030 50 Prozent. Die Kraft-Wärme-Kopplung soll bis 2020 auf einen 25-Prozent-Anteil an der Stromerzeugung ausgebaut werden. Gleichzeitig müssen sich die Unternehmen verpflichten, bei Anwendung der CCS-Technologie „auf der Grundlage der höchsten Umweltstandards die Langzeitsicherheit der Speicher zu [gewährleisten]“. Der Steinkohlebergbau soll auf niedrigem Niveau weitergeführt werden. Die Emissionsgrenzwerte für Stickoxide und Staub in Industrie und Gewerbe sollen abgesenkt werden. Der High-Tech-Gründerfonds soll erweitert und ein Klimaschutz-Fonds eingerichtet werden.

Weitere Punkte:

- Ausweitung der Energieforschung.
- Nachhaltigkeitsstandards und Zertifizierungssysteme für die Herstellung von Agrartreibstoffen.
- Stromnetze: Gründung einer Deutschen Netz AG, ggf. mit staatlicher Beteiligung.
- Erstellung eines Nationalen Aktionsplan Erneuerbare Energien.
- Atomausstieg umsetzen, Beteiligung der Atomwirtschaft an Folgekosten.
- Erforschung und Förderung der CCS-Technologie.
- Umgestaltung der Entfernungspauschale nach ökologischen und sozialen Kriterien.

- „Das Zukunftsauto – Made in Germany“ als Teil des Leitprojekts „Weg vom Öl“.
- Fortsetzung der energetischen Gebäudesanierung.

3.3. Arbeitnehmerrechte: Leiharbeit, Kündigungsschutz, prekäre Beschäftigung

In das Programm hat die Forderung diverser Anträge Eingang gefunden, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse („Mini-Jobs“) auf 15 Stunden pro Woche zu begrenzen. Für die Leiharbeit sollen möglichst schnell ein Mindestlohn und „Equal pay“ nach „angemessener Einarbeitungszeit“ gelten. Die konzerninterne Verleihung soll begrenzt werden. Der Kündigungsschutz soll erhalten bleiben.

Weitere Punkte:

- Mindestlöhne: Verfolgung des zweistufigen Verfahrens – Aufnahme möglichst vieler Branchen ins Entsendegesetz und Mindestarbeitsbedingungen dort, wo die „Sozialpartner aus eigener Kraft dazu nicht mehr in der Lage sind“ plus gesetzlicher Mindestlohn als allgemeines Ziel und unterste Grenze.
- eigenständiges Arbeitnehmerdatenschutzgesetz.
- Für Teilzeitbeschäftigte soll die (Wieder-) Aufnahme einer Vollzeitbeschäftigung verbessert werden.

3.4. Unternehmensmitbestimmung, BetrVG, Tarifautonomie

Mitarbeiter, die in der Krise auf Einkommen verzichten, um ihre Unternehmen zu stabilisieren, sollen im Gegenzug „mit allen Rechten an den Unternehmen beteiligt werden“.

Die SPD fordert einen gesetzlichen Mindestkatalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte in Aufsichtsräten. Aufsichtsräte sollen zukünftig zu mindestens 40 Prozent aus Frauen bestehen. Die betriebliche Mitbestimmung soll nicht länger durch Auslagerung und Wahl der Rechtsform umgangen werden. Das BetrVG soll zu den Themen Leiharbeit, Ausbildung und Frauenförderung erweitert werden.

- Betriebliche Mitbestimmung bei Leiharbeitseinsatz stärken, Leiharbeiter bei Schwellenwerten im BetrVG berücksichtigen.
- Mitbestimmungsrecht im BetrVG, „um mehr Ausbildungsplätze durchsetzen zu können“.
- „Mehr Rechte bei der Weiterbildung“ und bei Sozialplanverhandlungen/ Betriebsübergang im BetrVG.
- Schaffung einer Rechtsgrundlage für grenzüberschreitende Tarifverhandlungen und –verträge.
- EBR-Rechte ausbauen.

3.5. Beschäftigung, Qualifizierung und Arbeitsversicherung

Bei Unternehmensinsolvenzen sollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besser geschützt werden: Durch eine gesetzliche Klarstellung soll geregelt werden, dass der Lohn für bereits geleistete Arbeit „nicht missbräuchlich entzogen werden darf“.

Der Arbeitsmarkt sei gut aufgestellt und durch vergangene Reformen „krisenfester“ geworden. SPD-Ziel: „Deutschland soll die weltweit beste Arbeitsvermittlung erhalten.“ Das Langzeitkonto soll als „neues Modell der Arbeit“ durch erweiterte Qualifizierungsmöglichkeiten helfen, Arbeitslosigkeit vorzubeugen und Zeitsouveränität verwirklichen helfen. Darauf könne eine Gutschrift öffentlich finanzierter „Qualifizierungsanteile“ eingezahlt werden. Dieser Vorschlag ist das Kernelement auf dem Weg zur Arbeitsversicherung.

Weitere Punkte:

- Instrumente der Arbeitsmarktpolitik: Förderung von Existenzgründungen und „Kommunal-Kombi“ ausbauen.
- Vereinbarkeit: zweijährige Pflegeteilzeit und kurzfristige Freistellung bei Eintritt des Pflegefalls; Ausweitung der Vätermomate beim Elterngeld auf vier Monate.

3.6. Bildung und Forschung

Die SPD will ein Erwachsenenweiterbildungsgesetz durch Zusammenfassen von Meister-BaföG und BaföG auf den Weg bringen. Das duale System soll gestärkt werden, zugleich sollen die Übergangsarbeitsmärkte reguliert werden. Außerdem will die SPD laut Wahlprogramm eine „Berufsausbildungsgarantie“ für über 20-Jährige umsetzen. Die Weiterbildungsbeteiligung soll von 43 Prozent auf rund 65 Prozent erhöht werden. Ziel ist es auch, dass alle Jugendlichen einen Berufsabschluss oder Abitur haben, und die Hochschulen sollen auch Ausgebildeten offen stehen.

Weitere Punkte:

- Durchlässigkeit: Erwerb des Fachhochschulabschlusses für Berufsschüler ermöglichen, Hochschulzugang für Berufstätige, Anhebung der BaföG-Altersgrenze.
- Finanzierung der anzuhebenden FuE-Ausgaben durch den „Solidarbeitrag für Bildung“ (Anhebung des Spitzensteuersatzes).
- Steuergutschrift für forschende Unternehmen.
- Ablehnung von Studiengebühren, für gebührenfreie Bildung und Betreuung.
- Recht auf Ganztagsbetreuung ab 1 Jahr, längeres gemeinsames Lernen in der Schule und langfristig Überwindung des gegliederten Schulsystems.

3.7. Soziale Sicherungssysteme

Für alle Systeme der sozialen Sicherung wurde das „Prinzip Bürgerversicherung“ ausgegeben, auch für die Arbeitslosenversicherung. Im Verlauf der Beratungen wurde eine Änderung beim Schonvermögen beim Bezug von Arbeitslosengeld-II-Bezug eingeführt: „Vermögen, das der privaten Altvorsorge dient, wird nicht auf das Arbeitslosengeld II angerechnet. Voraussetzung ist, dass unwiderruflich mit Beginn des Ruhestandes eine monatliche Rente garantiert wird.“

- Rente: in einem ersten Schritt sollen „Solo-Selbstständige“ zur besseren Absicherung in die Rentenversicherung aufgenommen werden. Altersarmut soll vermieden werden. Für leistungsgeminderte Langzeitarbeitslose über 60 Jahre wird ein Anspruch auf geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gefordert. Verlängerung der Rente nach Mindesteinkommen bis 2010, Höherwertung bei weniger als 30 Entgeltpunkte für Zeiten der Arbeitslosigkeit. Einheitliches Rentensystem in Ost und West. Obligatorische Absicherung der Erwerbsunfähigkeit.
- Altersteilzeit/ Übergänge: Verlängerung der Förderung bis 2015 bei Einstellung von Auszubildenden oder Ausgebildeten, Teilrente ab 60 Jahren, Abschläge sollen bei früherem Ausstieg erkaufte werden können.
- Gesundheit und Pflege: Risikoausgleich mit privaten Versicherungen als „längerfristige“, ausreichende Finanzierungsgrundlage. Rückkehr zur paritätischen Finanzierung.
- Teilhabe: Beschäftigungspflicht für Schwerbehinderte „besser durchsetzen“, Teilhaberecht verbessern.

3.8. Einkommenssteuer

Bei der Vorstellung des Programm-Entwurfs im April fand der jetzt beschlossene, pauschale „Steuer-Bonus“ von 300 Euro (600 Euro für Verheiratete) bei Verzicht auf Einkommenssteuererklärung große Beachtung. Das gleiche gilt für die angestrebte Absenkung des Eingangsteuersatzes von 14 auf 10 Prozent. Einkommen bis zu 52.882 Euro (Verheiratete 105.764 Euro) sollen durch eine entsprechende Umgestaltung des steuerlichen Tarifverlaufs entlastet werden. Der Spitzensteuersatz soll ab 125.000/250.000 Euro um zwei Prozentpunkte auf 47 Prozent zur Finanzierung der Bildungsausgaben angehoben werden. Außerdem soll der Kinderfreibetrag um 200 Euro erhöht werden. Das SPD-Konzept „Bonus für Arbeit“ zur Entlastung von Geringverdienern wird ebenfalls angeführt.¹

¹ Der „Bonus für Arbeit“ wurde im März 2007 vorgestellt und umfasst nach damaligen Angaben einen vollen SV-Zuschuss bei Alleinstehenden und Alleinerziehenden bis zur Höhe von 750 Euro, bei Paa-

4. Kurzbewertung

SPD und Kandidat wollen die Bundestagswahl als Richtungsentscheidung gegen schwarz-gelb angehen, bei der es um grundlegend verschiedene Politikkonzepte geht. Dies ist angesichts der politischen und ökonomischen Lage inhaltlich richtig. Dass Steinmeier auch Signale in die gesellschaftliche „Mitte“ sendet, ist kein Widerspruch hierzu.

Tonlage und viele Einzelforderungen im SPD-Programm sind gegenüber früheren Jahren ein Stück nach links gerückt. Insofern setzt das Programm den sozialdemokratischen Kurs des Hamburger Parteitages und des Europawahlprogramms fort.

Gegenüber dem Entwurf aus dem April ist das Programm schärfer profiliert. Dies gilt insbesondere für die im Wirtschaftskapitel neu eingefügten „zehn Grundprinzipien“ für einen „Neustart der Sozialen Marktwirtschaft“.

Insgesamt positiv sind die Positionierungen zur Rolle des starken Staates, das Bekenntnis zum industriellen Sektor in Verbindung mit seiner ökologischen Modernisierung, der Erhalt und teils Ausbau von Arbeitnehmerrechten und das ausgeprägte Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft zu werten. Auch die Vorschläge zur Reform von Aktiengesetz und Betriebsverfassungsgesetz weisen in die richtige Richtung.

Zu schwach sind hingegen die beschlossenen Vorschläge zur Finanzierung der Krisenlasten und zur Regulierung und Eindämmung prekärer Beschäftigungsformen (Leiharbeit, Befristungen, geringfügige Beschäftigung). Eine dem IG Metall-Vorschlag einer Zwanganleihe entsprechende Forderung fehlt. Der als gesellschaftlich zentral erachtete Bildungsbereich bleibt unterfinanziert.

Kritisch – insbesondere vor dem Hintergrund aktueller Arbeitsmarktprognosen - ist aus IG Metall-Sicht auch das Festhalten an der „Rente mit 67“, wengleich sich IG Metall-Forderungen nach guter Arbeit für Ältere, einer Fortführung der geförderten Altersteilzeit und Verbesserungen bei der Teilrente sowie der „Rente nach Mindesteinkommen“ im Programm finden.

Weiterführende Informationen:

[SPD-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2009](#)
[Rede Frank-Walter Steinmeier](#)

ren bis zu 1.300 Euro. Danach wird der SV-Zuschuss in einer Gleitzone abgeschmolzen. Mindestarbeitszeit: 30 Stunden, ein halbiertes Zuschuss ist ab 15 Wochenstunden möglich.

Anhang

Zehn Grundprinzipien für den Neustart der Sozialen Marktwirtschaft

(Auszug aus dem Wahlprogramm der SPD)

„Ein **Neustart der Sozialen Marktwirtschaft** muss eine Antwort auf den entfesselten Kapitalismus des 21. Jahrhunderts sein. Soziale Marktwirtschaft bedeutet für uns mehr als Ordnungspolitik. Einem wirklichen Neustart legen wir **zehn Grundprinzipien** zugrunde:

1. **Märkte müssen in eine starke und solidarische Gesellschaft eingebettet sein.** Unsere Wirtschaft braucht eine Gesellschaft der gleichen Rechte und gleichen Chancen. Das produktive Zusammenspiel von Staat, Markt und Gesellschaft unter Einbeziehung von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Gewerkschaften ist Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft. Heute zeigt sich, dass die **Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen** ein unverzichtbarer stabiler Erfolgsfaktor ist.
2. Ein **handlungsfähiger Staat**, der den Bürgern Sicherheit bietet und eine starke öffentliche Daseinsvorsorge garantiert. Es ist originäre Aufgabe des Staates, über eine gute Bildung die Grundlage für individuelle Chancen und gesellschaftlichen Wohlstand zu schaffen. Ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst ist die Voraussetzung für eine verlässliche öffentliche Infrastruktur und die öffentliche Daseinsvorsorge. Dafür braucht der Staat verlässliche Einnahmen und konsolidierte Finanzen.
3. Die faire Teilhabe der Arbeitnehmer am gesellschaftlichen Wohlstand und eine **gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen** – aus sozialen und aus volkswirtschaftlichen Gründen.
4. **Das Prinzip „Investition statt Spekulation“.** Artikel 14 unseres Grundgesetzes besagt: „Eigentum verpflichtet“. Darum sind Regeln erforderlich, die darauf hinwirken, dass Kapital „produktiv“ verwendet wird und den Interessen des Gemeinwohls dient. Der Staat hat durch strategische und ökologische Industriepolitik Möglichkeiten, Anreize zu setzen, dass Kapital in zukunftsfähige, ökologisch verträgliche Wachstumsfelder fließt.
5. **Öffentliche Zukunftsinvestitionen** spielen eine zentrale Rolle, wenn es darum geht wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationskraft mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden.
6. Deutschland ist eine starke Exportnation und soll es bleiben. Doch ebenso wichtig ist die Kaufkraft im Inneren. Wir brauchen eine **Balance aus Exportstärke und Binnenmarkt**.
7. Eine **Kultur der Langfristigkeit und Nachhaltigkeit**. Eine Soziale Marktwirtschaft steht einer dynamischen Wirtschaft und freiem Unternehmertum nicht entgegen. Doch eine ihrer wesentlichen Aufgaben besteht darin, Rahmen und Anreize für die Marktteilnehmer so zu setzen, dass wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltiges Verhalten sich mehr auszahlt, als nicht nachhaltiges Verhalten.
8. Ein **fairer Wettbewerb** um bessere Ideen und Produkte. Wo um niedrige Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen konkurriert wird, verlieren am Ende alle. Wir brauchen eine neue Phase der Kooperation statt nur der Konkurrenz.
9. Die **Garantie sozialer Bürgerrechte** durch solidarische Sozialversicherungen, einem gebührenfreien Bildungssystem und einem Mindestlohn für Arbeit.
10. Diesen Grundprinzipien einer Sozialen Marktwirtschaft wollen wir auch auf **europäischer und internationaler Ebene** Geltung verschaffen.

Manches davon wurde in der jüngeren Vergangenheit infrage gestellt. Doch „Zeitenwende“ bedeutet: Es geht heute um nicht mehr und um nicht weniger, als um einen Neustart für die Soziale Marktwirtschaft – in Deutschland, in Europa und international.

Ein solcher Neustart setzt voraus, eine oft marktradikal verengte Sichtweise auf die Wirtschaft zu überwinden. Dies ist nicht nur Aufgabe der Politik. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen mit Gewerkschaften und Arbeitgebern, mit Wissenschaft und Verbänden eine gesellschaftliche Debatte darüber führen, wie wir uns eine Soziale Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts vorstellen. Hierzu gehört auch, dass sich die wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung praxisorientierter, pragmatischer und internationaler ausrichtet.“